

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Allgemeine Finanzwirtschaft

Als Sahnehäubchen bezeichnete mein Fraktionskollege, Stadtrat Alfred Metzger, das Ergebnis der Jahresrechnung 2005, das über den Nachtragshaushalt hinaus besser als erwartet ausgefallen ist. Diese Verbesserung wurde durch die über den Erwartungen liegenden Gewerbesteuereinnahmen erzielt. Eigentlich ein Grund zur Freude, wäre da nicht die bange Frage der Kommunen ob es mit diesen Einnahmen so weitergehen wird. Leider sind die Schwankungen dieser Einnahmequelle der Kommunen so groß, dass eine verlässliche Planung nicht möglich ist. Das einzig verlässliche dieser Einnahme ist, dass eine Stadt oder Gemeinde, die wie Waghäusel im Haushaltsjahr 2005 hohe Gewerbesteuereinnahmen erzielt hat, zwei Jahre später, also im Haushaltsjahr 2007 für die Einnahmen bestraft wird und höhere Gewerbesteuerumlagen zu zahlen hat. Hierbei ist es übrigens vollkommen egal, ob auch im Jahr 2007 die Gewerbesteuer noch in entsprechender Höhe fließt, oder nicht.

Über das Haushaltsjahr 2007 beraten wir heute und büßen, wie erwähnt für die Einnahmen des Jahres 2005. Ein Zustand, der mit Logik nicht umschrieben werden kann, aber mit Mehrausgaben im Ansatz von 338.000 Euro gegenüber dem Vorjahr berücksichtigt werden muss. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben deshalb schon in der Vergangenheit stets eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, ich zitiere: „einer Abschaffung der Gewerbesteuer nicht gänzlich ablehnend gegenüber zu stehen“. Zitat Ende. Diese Haltung haben die kommunalen Verbände aber immer unter den Vorbehalt gestellt, dass Zitat: „damit eine Verstetigung und Verbesserung der kommunalen Steuereinnahmen und weiterhin ein starkes Band zwischen Kommune und Wirtschaft verbunden sein muss.“ Zitat Ende.

Die Zitate sind entliehen aus dem Gemeindefinanzbericht Baden-Württemberg 2006, der außerdem aufzeigt, dass ohne eine Verstetigung und Verbesserung der kommunalen Einnahmen mit einer nachhaltigen Entschuldung der Kommunen nicht gerechnet werden kann.

Es wird auch künftig Aufgabe des Bundes bleiben, für eine Unternehmenssteuerreform zu sorgen, die den Kommunen tatsächlich nützt und aus der Misere hilft, gleichzeitig aber den Unternehmen keine Mehrbelastung aufbürdet, um den derzeit erkennbaren Aufschwung nicht im Keim zu ersticken.

Dem selben Finanzbereich für die Gemeinden Baden-Württembergs ist zu entnehmen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in den Gemeinden im Jahr 2000 noch bei 719 € je Einwohner lag und bis zum Ende des Jahres 2005 auf 685 € sank. In Waghäusel ist hier eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: die Pro-Kopf-Verschuldung stieg von 280 € im Jahr 2000 auf 475 € zum Ende des Jahres 2005. Auch wenn Waghäusel immer noch mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung glänzen kann muss die Frage erlaubt sein, warum die oben beschriebenen Mehreinnahmen nicht in höherem Maße zur Schuldentilgung, sondern zur Aufstockung der Rücklagen verwendet wurden. Selbst nach dieser Aufstockung am Ende des Jahres 2005 waren die Rücklagen mit 3,1 Millionen Euro immer noch deutlich unter den Rücklagen zu Beginn des Jahres 2000 mit 5,5 Millionen Euro. Gleichzeitig ist im selben Zeitraum die Verschuldung von 8,7 Millionen auf 9,5 Millionen Euro gestiegen!

Ich möchte mich an dieser Stelle von den wenig erfreulichen und ebenso wenig erfolgreichen Haushaltsjahren 2000 bis 2005 - die Haushaltsrechnung 2006 kann natürlich noch nicht vorliegen – abwenden und dem Haushaltsplanentwurf 2007 in seinen Einzelplänen meine Aufmerksamkeit schenken:

Zum wiederholten Mal gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Waghäusel ein Lob für die in der Vergangenheit erbrachte Leistung. Dass trotz immer weiter wachsender Anforderungen an die Arbeitnehmer der Personalkostenanteil am Verwaltungshaushalt von 19% auf deutlich unter 18% sinken wird, bleibt zwar noch zu realisieren, jedoch zeigt diese Kennzahl, dass die zu bewältigenden Aufgaben von einem unterdurchschnittlich großen Personalbestand geleistet wird. Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister und die anwesenden Amtsleiter, das Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Arbeit weiter zu geben.

Schulen

Wie in den Vorjahren zeigt sich die Stadt Waghäusel großzügig, wenn es um die Unterhaltung von Schulen geht. Mit Ausgaben in Höhe von 1,6 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt und 390.000 Euro im Vermögenshaushalt, insgesamt also 2 Millionen Euro wird Waghäusel seiner Verpflichtung als Schulträger gerecht. Wir müssen uns künftig jedoch darauf einstellen, dass die beantragte Einrichtung zumindest einer Ganztageschule in Waghäusel umgesetzt werden wird. In diesem Zusammenhang hätte ich mir gewünscht, noch im laufenden Jahr eine Konzeption von Seiten der Rektoren vorgelegt zu bekommen, um frühzeitig mit den Beratungen im Gemeinderat beginnen zu können. Hier hätte die Verwaltungsspitze auf Erarbeitung und Vorlage der Konzeption drängen müssen.

Kindergärten

Wie in den Schulen wird auch in den Kindergärten in der Stadt Waghäusel sehr gute Erziehungsarbeit geleistet, was ich bereits während der Sitzung vom 04.12. zum Ausdruck gebracht habe und an dieser Stelle gerne wiederhole.

Mit Ausgaben von 2,3 Millionen Euro, davon 1,5 Millionen Euro Zuschuss der Stadt Waghäusel im Verwaltungshaushalt zeigt sich auch hier, dass die Stadt neben der notwendigen Jugendförderung für die Vereine und dem Betrieb eines gut angenommenen Jugendzentrums große Anstrengungen unternimmt, um den Kindern und Jugendlichen unserer Stadt beste Möglichkeiten der Entwicklung zu eröffnen. Allein die Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes geben noch Anlass zur Sorge, denn bis zum Jahr 2010 muss der Bedarf an Betreuungsplätzen für 0 bis 14 Jährige gedeckt werden können. Ein wichtiger Bestandteil zur Erfüllung der Anforderungen war die Einrichtung einer zweiten Kleinkindgruppe, was die Notwendigkeit der ursprünglichen Anregung der CDU/JL-Fraktion auf Einrichtung zunächst einer Gruppe mehr als bestätigt.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, möglichst kurzfristig im Verwaltungsausschuss den Vorschlag der Kreisverwaltung zu diskutieren, der sich mit der Betreuung von Kindern bei Tageseltern und den damit verbundenen Kosten befasst. Leider ist Waghäusel noch lange nicht „Kinderland“, wenn auch das Titelbild des Haushaltsplans 2007, beschrieben mit „Oberes Großes Kinderfeld“ dies zum Ausdruck bringen will. Die CDU/JL-Fraktion wird sich auch künftig dort für Betreuungsangebote einsetzen, wo ein entsprechender Bedarf besteht.

Hallenbad

Die Arbeiten sind zwischenzeitlich in vollem Gange und es besteht berechtigte Hoffnung, den Zeitplan der Sanierung einhalten zu können. Lassen Sie mich hierzu zwei Anmerkungen machen, um Äußerungen, die in den letzten Wochen gemacht wurden, richtig zu stellen:

Erstens ist ein Vergleich mit der Einsturzkatastrophe in Bad Reichenhall vollkommen aus der Luft gegriffen, da es sich in Waghäusel weder um eine Holzkonstruktion handelt, noch die gesamte Dachkonstruktion vom Einsturz bedroht war.

Nichtsdestotrotz hat der Gemeinderat die Schließung bestätigt, da die - wenn auch geringe - Gefahr bestand, dass Badbenutzer von herab fallenden Kleinteilen hätten getroffen werden können.

Zweitens hat nicht etwa das unbeirrbar Festhalten des Bürgermeisters am vorgegebenen Kurs zur Sanierung des Hallenbades geführt, sondern im Wesentlichen die Erarbeitung eines Kompromissvorschlages unter Federführung der CDU-Fraktion. Erst diese auf Kosten von 4,5 Millionen Euro reduzierte Lösung war im Gemeinderat konsensfähig und wurde schließlich bis zum Auffinden von Geld in die Schublade gelegt. Dass auch das erforderliche Geld bald zur Verfügung stand ist zu einem großen Teil dem Prüfer der GPA zu verdanken, der Überzahlungen an einen Zweckverband nicht länger duldete und die unverzügliche Rückzahlung an die Stadt forderte.

Gemeindestraßen

Wir gehen davon aus, dass die eingestellten 350.000 € für Straßenreparaturarbeiten ausreichen werden. Zwar wäre sicher ein höherer Betrag nötig, um alle Straßenschäden zu beseitigen, allerdings lehrt die Erfahrung, dass höhere Ansätze im Laufe eines Haushaltsjahres kaum abgearbeitet werden können.

In Bezug auf Gemeindestraßen sind der CDU/JL-Fraktion zwei Maßnahmen von großer Bedeutung, deren Realisierung bei den Vorberatungen von der Verwaltung zugesagt wurden:

Erstens halten wir eine Überquerungshilfe der Mannheimer Straße im Bereich der Pestalozzistraße für unerlässlich. Anbieten würde sich hier ein Fahrbahnteiler, um die gefahrene Geschwindigkeit an dieser Einfahrstraße zum Stadtteil Wiesental zu verringern und um den Fußgängern und Radfahrern eine gefahrlose Querung zu ermöglichen.

Zweitens ist unseres Erachtens eine Verschwenkung der L 556 zwischen der Beethovenstraße und der Kapelle entsprechend der bereits diskutierten Planung aufgrund der Baumaßnahme Südwestspange dringend notwendig, da mit Vervollständigung der Süd-Umgehung von Kirrlach hier eine Verdichtung des Straßenverkehrs befürchtet werden muss.

Wie erwähnt wurde die Fortführung und Umsetzung der Planungen bereits während der Vorberatung zugesagt, auch wenn die Titel nicht namentlich im Haushalt aufgeführt sind.

Ebenso wurde uns auf unseren Antrag hin zugesagt, dass die Verwaltung Verhandlungen mit der Deutschen Bahn aufnehmen wird, die zum Ziel haben, für eine Ausdehnung des Parkplatzangebots beim Bahnhof Waghäusel zu sorgen.

Friedhöfe

Die von der CDU-Fraktion vor Jahren beantragte Sanierung der Friedhofswege schreitet weiter voran, eine Fertigstellung ist absehbar. Auch unser Antrag auf Dachsanierung des Wandelganges wurde berücksichtigt und kann im Jahr 2007 realisiert werden.

Die Zukunft muss zeigen, ob wir mit der Friedhofsgebührensatzung die wir vor kurzem beschlossen haben, einen besseren Kostendeckungsgrad erreichen können, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

In Bezug auf die Gebührensatzungen allgemein gebührt meinem Fraktionskollegen Alfred Metzger Lob und Dank, denn immer wieder durchleuchtet er die Berechnungen des mit der Kalkulation beauftragten Büros, hinterfragt deren vorgenommene Annahmen und Zahlenvorgaben mit großer Fachkompetenz und konnte so der Stadt wie auch den zahlenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein ums andere mal unnötige Kosten ersparen.

Südzuckergelände Waghäusel

Es war angekündigt, dass eine Diskussion über nun vorliegende Ergebnisse aus der Klausurtagung zum Thema Gewerbepark Eremitage noch im Dezember stattfinden solle. Ich darf daran erinnern, dass die Klausur bereits am 16. Februar diesen Jahres, also vor 10 Monaten stattfand. Die Tatsache dass auch der Dezember ins Land ziehen wird, ohne, dass dem Gemeinderat konkrete Ergebnisse vorgestellt werden, bestärkt mich in der Annahme, dass voraussichtlich ein Jahr vergehen wird, ehe Ergebnisse vorgelegt werden können.

Bereits während der Klausurtagung habe ich geäußert, dass ich mir von dieser Veranstaltung mehr erhofft habe und dass uns utopische Ansätze nicht weiter helfen. Als weiteres Verfahren wurde vereinbart, dass zwei Bewerber ihre überarbeiteten Konzepte im Gemeinderat vorstellen. Weiter heißt es im Protokoll Zitat: „Die KE unterbreitet für diese Gemeinderatssitzung einen Vorschlag zu Form und Inhalt einer Option mit eventuell notwendiger Risikoteilung zwischen Projektentwickler und Stadt.“ Zitat Ende

Bis heute, nachdem 10 Monate verstrichen sind, wurde dem Gemeinderat nichts vorgelegt, was nur annähernd zu einer sinnvollen Verwendung des Geländes führen könnte.

Diese Zeit des Nichtstuns ist uns viel zu lange und nur die Aussage von Ihnen, Herr Bürgermeister, dass noch im Dezember im Gemeinderat Vorschläge unterbreitet werden, hat uns bisher davon abgehalten, weiter zu bohren und Ergebnisse einzufordern. Doch unsere Geduld ist zu Ende und wir fordern Sie auf, noch im Januar dem Gemeinderat überarbeitete Konzepte vorzustellen.

Zum Thema Südzuckergelände steht bis heute auch noch die von Ihnen zugesagte schriftliche Stellungnahme aus, wie es dazu kommen konnte, dass diverse Schrotthändler Gebäude auf dem Südzuckergelände ausschachteten und damit dafür sorgten, dass nicht nur keine Einnahmen aus dem Verkauf wertvoller Metalle erzielt werden können, sondern darüber hinaus eine Vermischung von Wertstoffen und kontaminiertem Restmüll erfolgte, die einen Rückbau wesentlich verteuert.

Ihre Zusage einer schriftlichen Stellungnahme erfolgte während der Sitzung vom 30. Oktober. Bis heute, sieben Wochen später, haben Sie Ihre Zusage noch nicht eingelöst. Ich fordere auch hier schnellstens eine Unterrichtung des Gemeinderats!

Noch heute ist die CDU/JL-Fraktion der Überzeugung, dass es für die Stadt besser ist, wenn wir uns von unrentablen Immobilien trennen, anstatt jährlich Zuschüsse leisten zu müssen. Ein jährlicher Zuschussbedarf von mehr als 170.000 Euro für die Wohnanlage am Hag ist zu hoch. Selbst wenn wir berücksichtigen, dass die kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals keine effektive Ausgabe, sondern eine nicht realisierte Einnahme darstellt, erreicht die Wohnanlage am Hag noch nicht den beabsichtigten Einnahmeüberschuss. Auch hier sind seit langem Vorschläge der Verwaltung gefragt, wie Kosten eingespart werden können. Bisher ohne Ergebnis.

Eremitage

Einen letzten Komplex möchte ich ansprechen, der im ablaufenden Jahr für Diskussionen im Gemeinderat gesorgt hat, aber auch in den folgenden Jahren für Diskussionen sorgen wird. Die Rede ist von der Antragstellung auf Ernennung zur Großen Kreisstadt und die immer notwendiger werdende Schaffung von Räumlichkeiten für die Verwaltung.

Nun sind wir uns im Gemeinderat wie ich denke fraktionsübergreifend einig, dass eine Antragstellung auf Ernennung zur Großen Kreisstadt zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist. Unabhängig davon reichen die Büroräume schon für die bestehende Verwaltung nicht aus. Es ist aber zu vermuten, dass wie in der Vergangenheit die Aufgaben und damit das Personal der Verwaltung weiter wachsen werden. Außerdem kann es durchaus sinnvoll sein, die ein oder andere Zuständigkeit zu beantragen, um sich so die Option offen zu halten, zu einem späteren Zeitpunkt einen Antrag auf Ernennung zur Großen Kreisstadt zu stellen. In jedem Fall werden zusätzliche Räume zur Unterbringung der Verwaltung benötigt. Eine Auslagerung der Bibliothek in die Eremitage erscheint zunächst als einfachste und naheliegende Lösung.

Nach einer Studie, die Herr Wagner erstellt hat, führt diese Lösung aber sehr schnell an die Grenzen des Möglichen, denn in den jetzigen Räumen der Bibliothek könnten gerade ausreichend viele Räume geschaffen werden, um den genannten Personalzuwachs aufnehmen zu können und gleichzeitig die Option auf Beantragung der Ernennung zur Großen Kreisstadt mit dem erhöhten Personalbedarf zu bewahren. Es wäre aber unverantwortlich, bei einer solchen Baumaßnahme keine Reserveräume zu planen, dies würde dann unweigerlich zu einem Anbau führen müssen.

Würde also die Bibliothek in die Eremitage verlagert, entstünden Kosten für den Ausbau derselben in Höhe von geschätzten 1,9 Millionen Euro. Außerdem müsste die jetzige Bibliothek zur Nutzung als Büroräume für geschätzte 1,2 Millionen Euro umgebaut werden. Darüber hinaus müsste, da die Kapazitätsgrenzen schon vor Beginn der Maßnahmen erreicht wären, ein zusätzlicher Anbau ans Rathaus erfolgen.

Je nach Größe des Anbaus wurden hierfür 3,6 bis 4,4 Millionen Euro veranschlagt. Es muss also mit Kosten von 6,7 Millionen bis zu maximal 7,5 Millionen Euro gerechnet werden, wenn wir diesen Weg beschreiten.

Wir sind der Überzeugung, dass die Einrichtung eines „technischen Rathauses“ mit Bauamt, Grundbuchamt und Liegenschaftsverwaltung in der Eremitage für wesentlich weniger Geld realisiert werden kann und aufgrund des dann zur Verfügung stehenden Raumangebotes der Gemeinderat und die Stadtverwaltung auf alle denkbaren Veränderungen flexibel reagieren können. Dass darüber hinaus in der Eremitage die Einrichtung eines repräsentativen Trauzimmers und entsprechender Veranstaltungsräume verwirklicht werden sollen, ist wie ich meine unstrittig. Die als Grundlage der Bezuschussung erforderliche öffentliche Nutzung ist in jedem Fall gegeben.

Da der Haushaltsplanentwurf 2007 im Vergleich zu vorhergehenden unspektakulär ist, u.a. weil, wie ich bereits erwähnt habe zugesagt wurde, dass unsere Anträge, auch die für das Haushaltsjahr 2006 gestellten im kommenden Jahr begonnen oder realisiert werden, will ich meine inhaltlichen Ausführungen hier schließen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen ergeht mein Dank im Namen der CDU/JL-Fraktion an die gesamte Verwaltung, im Besonderen an Sie, Herr Zepp, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die rechtzeitige Erstellung und Einbringung des Haushaltsplanentwurfs. Vor allem danken wir Ihnen für die Bereitschaft, Fragen zu beantworten und jederzeit Auskünfte zum Haushalt zu erteilen.

In diesen Dank einschließen möchte ich die gesamte Verwaltung, im Besonderen die an den Gemeinderatssitzungen teilnehmenden Amtsleiter.

Ihnen, Herr Josef Heiler danke ich für Ihre Zusatzfähigkeit als Geschäftsstelle des Gemeinderats und verbinde dies mit der Hoffnung auf rechtzeitige und vollständige Zustellung der Einladungen zu den Sitzungen.

Ich danke den Vertretern der Medien, Herren Klumpp und Oestreicher für die ausführliche und wohlwollende Berichterstattung.

Abschließend darf ich erklären, dass die CDU/JL-Fraktion der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2007 zustimmt.